

## Protokoll

### *Podiumsdiskussion „Burundi am Abgrund – Noch Chancen für eine friedliche Lösung?, am 05. April 2016 in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin*



Auf dem Panel diskutierten:

- Kassimi Bamba (Politischer Berater für den AU-Sondergesandten für Burundi und die Region der Großen Seen)
- Bob Rugurika (Journalist und Direktor des privaten Radiosenders Radio Publique Africaine)
- Kordula Schulz-Asche, MdB, Bündnis 90/Die Grünen
- Claudia Simons, Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika, Stiftung Wissenschaft und Politik

Dirke Köpp, Leiterin der Redaktion Französisch für Afrika bei der Deutsche Welle moderierte die Veranstaltung.

Zu Beginn der Podiumsdiskussion erfolgte eine Einschätzung der aktuellen Situation in Burundi. Der Terminus „ruhig erscheinende“ Lage wurde näher erläutert. Im Vergleich zu den Bildern der chaotischen Zustände der vergangenen Monate, sei die Sicherheitssituation seit März 2016 wieder relativ stabil. Trotz der oberflächlichen Ruhe in Burundi gehen allerdings die Morde, Verhaftungen und Repressionen gegen oppositionelle Stimmen – vor allem im Verborgenen – weiter. Auch die Granatenangriffe haben nicht aufgehört. Ruhig wäre es auch im Hinblick auf den Dialog zwischen Regierung und Opposition, in dem sich kaum etwas bewegt, da die Regierungspartei CND-FDD weiterhin ihre Gesprächsbereitschaft mit bestimmten Akteuren der Opposition verweigere. Ebenso sei die wirtschaftliche Lage „ruhig“, da angesichts der großen Unsicherheit und dem Rückzug

internationaler Investoren und Hilfsleister die Wirtschaft des Landes zum Erliegen gekommen ist.

Die aktuelle Krise sei bedingt überraschend, viel eher absehbar gewesen. Das Arusha-Abkommen hat eine Quotenregelung für eine gerechtere Machtverteilung zwischen einzelnen ethnischen Gruppen in Burundi festgelegt. Daher verlaufen die Konfliktlinien heute vordergründig nicht mehr entlang ethnischer Zugehörigkeiten, sondern entlang der Frage nach politischer Teilhabe und Partizipation. Es ginge heute mehr um eine gerechte Verteilung von Ressourcen innerhalb der Gesellschaft als um „Powersharing“ zwischen einzelnen ethnischen Gruppen.

Mehrfach liegt die Betonung auf den politischen Ursachen dieser Krise. Diese Tatsache wird von der konsequente Unterdrückung der freien Presse und die Exilierung aller unliebsamen Oppositionspolitiker und zivilgesellschaftlichen Akteuren unterstrichen. Vielmehr versuche die burundische Regierung Differenzen zwischen verschiedenen Gruppen hervorzuheben, um von ihren eigentlichen Vorhaben der Machtsicherung abzulenken. Erste Kritik an einem dritten Mandat von Präsident Nkurunziza wurde innerhalb der Regierungspartei CNDD-FDD geäußert und zu den ersten Opfern der Krise gehörten auch ehemals enge Mitarbeiter des Präsidenten.

Kritisch hinterfragt wurde auch die mögliche Wirkung der kürzlich verabschiedeten UN-Resolution 2279 zur Entsendung von Polizisten zur Friedenssicherung nach Burundi. Weder sei die genaue Zahl der Polizisten festgelegt noch deren Einsatzmöglichkeiten. Zwar habe die burundische Regierung die Resolution angenommen, in der Hoffnung nur eine geringe Anzahl ins Land lassen zu müssen. Der Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der UN-Resolutionen wäre damit Schaden zugefügt und dies würde nicht zu einer Befriedung des Landes hinwirken, da auch die auf die Anzahl der bewaffnete Oppositionsanhänger nicht bekannt ist.

Aussagen über die neu entstandenen und sich formierenden bewaffneten oppositionellen Bewegungen seien schwierig, da diese natürlich kaum Informationen über ihre Struktur und Anhänger preisgeben möchten. Diese Gruppen würden von der Regierungsseite im Moment wenig ernst genommen, jedoch seien in ihren Reihen auch ehemalige hochrangige Militärs. Die von der Regierung immer wieder erwähnte Nähe dieser Milizen zur politischen Opposition wird ambivalent eingeschätzt. Ein Risiko stellen die vielen Flüchtlinge in der „historisch instabilen“ Region dar, die ein hohes Rekrutierungs- und Mobilisierungspotential für gewaltbereite Gruppierungen bieten. Hier ist eine genaue Beobachtung unbedingt erforderlich, um eine eventuelle Zuspitzung des Konfliktpotentials rechtzeitig zu erkennen.

Problematisiert wird auch der von der burundischen Regierung geführte „interburundischen“ Dialog, da alle wirklich relevanten Oppositionsstimmen mittlerweile im Exil sind und an diesem Dialog nicht teilnehmen. Daher wird dieses Bemühen der Regierung als Monolog angesehen und ein inklusiver Dialog auch mit allen Gesprächspartnern

außerhalb Burundis prioritär gefordert. Die Afrikanische Union stelle dabei einen wichtigen Vermittler dar. Eine entscheidende Rolle spiele auch Südafrika, welches zum einem wirtschaftlich stark mit Burundi verbunden ist und zum anderen ein Großteil der burundischen Politiker ihre Konten dort führen. Insgesamt wären die Summen auf diesen Konten im Vergleich zu anderen Ländern bei burundischen Politikern jedoch eher überschaubar. Viel Hoffnung wird in die Ernennung des ehemaligen tansanischen Präsidenten Benjamin Mpaka als neuen Mediator neben dem EAC-Verhandlungsführer Yoweri Museveni gesetzt.

Protokoll: Rebekka Epp, ÖNZ